Beilage zu Nr. 164 der Düsseldorfer Zeitung.

Dienstag den 15. Juni 1847.

Vaterland von seinen entferntesten Gränzen bis in die Hauptstadt mit Eisenbahnen versehen seyn möchte. Dieser Wunsch wurde um so lauter ausgesprochen, als man in den Eisenbahnen einen mächtigen Hebel der Volks-Wohlfahrt erkannte, und es wurden Mittel und Wege aufgesucht, wie es möglich sey, ihn allmälig zu realisiren. Man erkannte aber auch an, daß durch die entferntere Lage der Provinz Preußen es kaum möglich seyn würde, daß eine Privat-Gesellschaft diesen Bau übernehmen werde, voraussichtlich wegen ihrer relativen Rentabilität, und es war also die Nothwendigkeit gegeben, daß diese Bahn, sollte sie jemals gebaut werden, aus Staatsmitteln gebaut werden müsse. Es liegen uns nunmehr ein Kosten-Anschlag, so wie andere Berechnungen, vor, auf Grund welcher die Möglichkeit vorhanden seyn soll, diesen Bau auszuführen. Der Kosten-Anschlag scheint mir aber so allgemein gehalten, daß, so wie die Erfahrung bisher auch bei den übrigen Eisenbahn-Anschlägen gelehrt hat, obgleich sie wesentlich spezieller den Unternehmern vorgelegt wurden, dennoch es kaum möglich seyn werde, diese Bahn auszuführen. Die zweite Berechnung, welche einen Fonds von 2 Millionen nachzuweisen sich bemüht, aus welchem die Zinsen dieses Bau-Kapitals hergeleitet werden sollen, will mir durchaus nicht zuverlässig erscheinen, denn es fehlen jener Berechnung alle Zwischenfälle, die in einem weiteren Zeitraume vielfach eintreten und die ganze Berechnung annulliren können. Es blieb also nur der Vorschlag übrig, diese 26 oder 34 Millionen, welche dieser Bau in Anspruch nehmen würde, durch eine Anleihe zu beschaffen, eine Anleihe, die die Lasten des Volkes und des Vaterlandes wesentlich vermehren würde.

Nun fragt es sich, ob es keinen anderen Ausweg gebe, um den Bau, von dem das hohe Gouvernement sowohl, als jeder Vaterlandsfreund von Herzen wünschen muß, daß er ins Leben trete, ob es, sage ich, keine anderen Mittel gebe, diesen Bau dennoch auszuführen, ohne das Land mit einer Schuldenlast von so enormer Höhe, wenn namentlich diese veranschlagten 34 Millionen nach allen bisherigen Erfahrungen vielleicht kaum zur Hälfte ausreichen, zu überbürden.

Ein Blick auf den Finanz-Etat gewährt uns die freudige Ueberraschung, daß seit dem Jahre 1844 die Einnahme des Staats um mehr als 2½ Millionen Thaler gestiegen ist. Man sollte glauben, daß im tiefen Frieden, wo keinerlei großartige Ansprüche an den Staat gemacht werden, da müßte in dieser Mehr-Einnahme ein Mittel gefunden werden, um diese nothwendige Bahn, welche unsere preußischen Brüder dem Herzen des Vaterlandes näher bringen soll, auszuführen. Dem ist jedoch nicht also; ein weiterer Blick auf den Finanz-Etat weist nach, daß diese 2½ Millionen durch Ausgaben aller Art absorbirt werden. Eine davon ist mir besonders bedenklich vorgekommen, auf welche zu beziehen ich mir erlaube. Es ist eine Summe von 1 Million 160,000 Rthlrn., die seit dem Jahre 1844 der Militär-Etat mehr in Anspruch nimmt. Mitten im tiefsten Frieden, von einem herrlichen Landwehr-System die Sicherheit des Staates geschützt, vermag ich nicht zu begreifen, wie es möglich seyn kann, daß man, da man weiß, daß solche hohe Anforderungen vorliegen, diese nicht erst befriedigt oder die Mittel ansammelt, um sie befriedigen zu können, vielmehr Einem Verwaltungs-Zweige so große Summen zuwendet, deren Nothwendigkeit ich nicht einsehen kann. Ich glaube daher, daß jeder Vertreter, der sich hier mit Pflichten seiner zu Vertretenden belastet sieht, nicht im Stande ist, seine Zustimmung zu einer derartigen Anleihe zu geben. Dies auszusprechen, fällt mir als Schlesier um so schwerer, weil ich die Lage der preußischen Brüder, die ganz gleich ist mit der schlesischen, vollkommen zu würdigen vermag. Die Simpathieen, die uns in Schlesien wegen der Aehnlichkeit nachbarlicher Verhältnisse nach Preußen hinziehen, sind so mächtig, daß ich sie nicht weiter auszusprechen nöthig habe, denn auch wir sind eingekeilt zwischen die östreich. und russischen Staaten, auch uns ist der Handels-Verkehr abgeschnitten, und wären wir nicht so glücklich, durch Eisenbahnen an das mittlere Deutschland angeschlossen zu seyn, so theilten wir ganz das Schicksal der Provinz Preußen. Daher können Sie, meine Herren, den Kampf ermessen, den es kostet, um zu der vorliegenden Frage Nein zu sagen; aber die Art und Weise, wie die Ausführung hier ins Leben gerufen werden soll, kann nicht gebilligt werden. Dadurch würde nur der Druck der Nation erhöht, und schon deshalb werde ich nicht meine Zustimmung zu geben vermögen; aber auch wegen derjenigen Bedenken, die noch nicht gehoben sind, vermöchte ich meine Zustimmung zu der vorliegenden Ausführung nicht zu geben, und stimme daher gegen den Vorschlag der Abtheilung.

Kriegsminister von Boyen: Der verehrte Redner, der so eben geredet hat, hat zu gleicher Zeit darauf hingewiesen, daß es möglich wäre, bei den zunehmenden Ausgaben des Militär-Etats große Ersparnisse eintreten zu lassen. Es scheint allerdings auf den Anblick auffallend, daß im Frieden so etwas noch vorkommen könne, und deswegen werde ich mir erlauben, die Bedingungen, unter denen es nicht zu vermeiden ist, hier kurz der hohen Versammlung vorzutragen. Wenn der Satz unbedingt richtig wäre, so mußte der Satz eben so richtig seyn, daß das Geld, der Thaler, im Laufe der Zeit einen und denselben Werth behielte; das ist aber nicht der Fall, und ich könnte noch hinzusetzen, je mehr sich die Industrie des Landes vermehrt und die Geldzeiten vermehren, desto mehr sinkt der Werth des geprägten Geldes, in dem das Militär seine Ausgaben bestreiten muß. Ich will zuerst, ehe ich auf die Hauptpunkte, die die Erhöhung herbeigeführt haben, eingehe, nur ein Beispiel aus meinem langen Leben anführen: Als ich im Jahre 1786 Offizier wurde, da bestand das Gehalt eines Seconde-Lieutenants aus 11 Thlrn., gegenwärtig aus 20 Thlrn., und mit dem Tischgelde von ungefähr 2 — 3 Thlrn. aus 22 Thlrn. monatlich, die dem Lieutenant vom Staate gezahlt werden. Ich kann aber als ein ehrlicher Mann versichern, daß trotz dieser Zulage von 100 pCt. der Lieutenant damals im Jahre 1786 mit 11 Thlrn. nicht um einen Groschen schlechter stand, als gegenwärtig, warum? weil alle Bedürfnisse, die er baar bezahlen muß, gestiegen sind. Dies nur im Allgemeinen als Maßstab, wenn man blos vom Thaler in Summen spricht, und nicht auf seinen innern Werth, den er auf den Verkehr hat, Rücksicht nimmt. Nun aber führe ich drei Punkte an, um derentwillen, besonders von den zwei ersten, diese Erhöhung außer dem Grunde, den ich mich auseinanderzusetzen bemüht habe, nothwendig geworden ist. Dies ist die Brodzulage für alle Soldaten, die Erhöhung der Brodportion und die Zulage für die Unteroffiziere. Als ich im Jahre 1784 in den Dienst trat, bestand der Gehalt eines Soldaten aus 2 Thlr. und nichts mehr, und er konnte, wie ich aus vielfacher und langer Erfahrung weiß, von seinem Wirth, bei dem er einquartirt war, und dem er für den Tag einen Groschen gab, seine Ernährung bekommen, und sowohl Wirth als Soldat waren zufrieden; ich weiß nicht, ob man noch jetzt viele Entrepreneurs finden würde, die für einen Groschen täglich einen Soldaten beköstigen würden. Aus diesem Grunde ist es nothwendig gewesen, ihnen nicht nur eine Viktualien-Zulage, sondern auch zu gleicher Zeit eine Brod-Zulage zu gewähren. Der zweite Grund ist folgender: Der Unteroffizier hatte früher 3 Thlr. Gehalt, jetzt hat er 4 Thlr., und weil man den Aufwand nicht so sehr erhöhen wollte, ist den älteren Unteroffizieren von jeder Kompagnie und Eskadron eine Zulage von 2 Thlr. gegeben worden, sie werden 6, 7 bis 8 Thlr. haben. Ich frage einen Jeden der Versammlung, der sich einen Bedienten oder Gesinde hält, ob er für minderen Lohn einen Mann bekommen könnte, der doch wenigstens in seiner Stellung einem Kämmerer auf dem Lande oder einem Fabrik-Aufseher gleichzustellen ist, denn der Offizier ist in seinem Kreise eine obrigkeitliche Person. Aus diesem Grunde scheint mir die Erhöhung des Aufwandes für eine gutgeordnete bewaffnete Macht vollkommen gerechtfertigt. Der dritte Punkt, der auch dazu gehört, ist, daß auf den Wunsch der Landstände mehrerer Provinzen Se. Majestät der König sich veranlaßt gefunden haben, die Befestigungen, die Landesvertheidigung nach allen Gränzen in gleichem Umfange auszubilden, und zu diesem Zwecke, also Posen und zu gleicher Zeit Königsberg und Lötzen, zu befestigen. Das sind die drei Gründe, welche die Erhöhung des Militär-Etats herbeigeführt haben, und es ist doch möglich — ich will um Gottes-Willen nicht dem Urtheil vorgreifen — aber es ist doch möglich, daß man sie für gerechtfertigt halten könnte.

Abg. Siebig: Ich erlaube mir hierauf zu bemerken...

Marschall: Ich würde vorhin schon den Abg. unterbrochen haben, weil er einen Gegenstand berührte, mit welchem wir uns nicht beschäftigen. Ich habe es aber unterlassen, weil dies nur in einer kurzen beiläufigen Bemerkung geschah. Wenn aber jetzt weiter darauf eingegangen werden wollte, so würde ich allerdings diese Hinweisung zu machen haben.

Abg. Lucanus: Schon von fünf Jahren, bei Gelegenheit der versammelten Ausschüsse, gehörte auch ich zu denen, welche dringend wünschten, daß der Staat auch bei den Eisenbahnen Initiative ergreife und die Hauptbahnen durch den ganzen Staat selbst übernehmen möchte. Es hat nun namentlich in neuerer Zeit sich auch bei den Privatbahnen das dringende Bedürfniß der Centralisation gezeigt, es ist namentlich vielfach davon die Rede geworden, daß die Eisenbahnverbindungen zwischen Berlin, Potsdam, Magdeburg, Halberstadt, Magdeburg-Leipzig, ja sogar Magdeburg-Wittenberg, in eine und dieselbe Hand kommen möchte, eben weil Centralisation zum besseren Betriebe nothwendig geworden ist. Um Vielem von dem vorzubeugen, was sich jetzt als Uebelstand gezeigt hat, wäre es Bedürfniß, daß der Staat einen sehr wesentl. Theil, die Hälfte der Hauptlinien, welche den ganzen preußischen Staat verbinden, in die Hand nehme. Die Magdeburg-Potsdamer Bahn ist in dem unangenehmen Verhältnisse, für den Augenblick gar keinen Anhaltepunkt in Magdeburg anders gewinnen zu können, als auf dem bereits erworbenen Privat-Eigenthume. Die Magdeburg-Leipziger und Magdeburg-Halberstädter Bahn haben es nun zum Theil durch künstliche forcirte Wahlen dahin gebracht, daß sie ein entschiedenes Uebergewicht in allen Versammlungen der Vorstände und Ausschüsse der verschiedenen Bahngesellschaften haben. Es sind namentlich bei dieser Gelegenheit Mittel gebraucht worden, welche wahrhaftig sehr betrüben müssen. Es sind Leute beauftragt worden, als Bevollmächtigte zu erscheinen, um durch eine künstliche Mehrheit die Kontrakte vorzuschreiben, wie früher Napoleon mit dem Schwerte allen Völkern seine Kontrakte vorschrieb, und es wurden dazu Leute gewählt, welche nachweislich der Kommunal-Behörden in Magdeburg und Braunschweig sogar Armen-Unterstützungen bekommen haben. Ja es sind diese Uebelstände früher zum Theil noch dadurch vermehrt worden, daß, wie das freilich hier auch öfter vorgekommen ist, ganz verschiedene Ansichten über Vorfälle und Gesetzauslegungen sich bei dem hohen Ministerium der Finanzen und bei den Gesellschafts-Ausschüssen gezeigt haben. Unter Anderem ist . . .

Marschall: Wollen Sie zum Gegenstand kommen?

Abg. Lucanus: Ich komme zum Gegenstande, ich führe das zum Motiv an. Es ist namentlich unter Anderem zur Sprache gekommen, daß, während in den Statuten ausdrücklich erwähnt ist, daß die Gesellschaft sich verbunden habe zum gemeinschaftlichen Gewinn und Verlust, von Seiten eben dieser künstlichen Majorität dekretirt worden ist, es solle diese Gesellschaft ihr ganzes Vermögen auf ewige Zeiten zum Betriebe übergeben und die Dividende, welche sie bisher hatte, auf eine Rente übergehen. Ich führe dies nur als einen neuen Beweis an, wie nothwendig es ist, daß der Staat gar keine Mittel scheue, auch diese Hauptbahn unter allen Umständen in seine Hand zu nehmen. Ich würde mich auch nicht davon abhalten lassen, für die Bewilligung einer Anleihe zu stimmen, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, ob Se. Majestät die Bitte, welche die Drei-Stände-Kurie in der vergangenen Woche beschlossen hat, genehmigt oder nicht. Davon mache ich es durchaus nicht abhängig; ich glaube aber, daß der Staat doch andere Mittel hat, um den Zweck zu erreichen. Wenn wir den Etat des Staats und überhaupt den Abschluß der Finanzen vor uns haben, wie er uns vorgelegt ist, so sehen wir daraus, daß die Staats-Einnahmen sich jährlich um ein Erhebliches, um 5 bis 6 Millionen und darüber, erhöht haben.

Ich glaube, daß diese Mittel, wenn sie für die Eisenbahn verwendet würden, zu dem Zweck führen müßten. Jeder Kaufmann, der ein bedeutendes Geschäft und eine Uebersicht über die Konjunkturen in der Welt hat, pflegt seine Mittel vorzugsweise darauf zu verwenden, wo das Bedürfniß sich am dringendsten zeigt. Wenn ich darauf komme, daß ich glaube, daß man in dem Militär-Etat um etwas herabgehen könnte, so leitet mich kein anderes Motiv, als die Erfahrung, die wir hatten, zu der Zeit, wo Preußen unter dem Drucke des napoleonischen Schwertes war. Auch da wurde Preußen vorgeschrieben, nur eine geringe Militärmacht zu halten; dessenungeachtet wußten die klugen Staats-Beamten unter dem höchstseligen Könige, daß sie eine bedeutendere Kriegsmacht hatten, als es schien. Es wurde namentlich eine Menge junger Leute exerzirt und die Landwehr vorbereitet. (Zeichen von Ungeduld in der Versammlung.) Ich sage, wenn das Militär vermindert und die Landwehr vermehrt würde, könnten die Mittel für das Unternehmen leicht aufgebracht werden.

Ich stimme auf diese Weise unbedenklich dafür. Die Nothwendigkeit bedarf keiner weiteren Unterstützung.

Abg. von der Heydt: Ich halte nicht für angemessen, den Gegenstand, der hier zuletzt von Mehreren berührt ist, nämlich die Verminderung des Militär-Etats, jetzt weiter zu besprechen. Dieser Gegenstand ist von solcher Wichtigkeit, daß, wenn die hohe Versammlung eine Meinung darüber abgeben wollte, nothwenig eine gründliche und reife Vorberathung vorausgehen müßte. Wenn ich aber wünsche, über die wichtige Angelegenheit, die uns zur Berathung vorliegt, meine Meinung auszusprechen, so thue ich es deshalb, weil es mir angemessen scheint, daß man sich, ehe zur Abstimmung geschritten wird, offen und klar über die Motive ausspreche. Ich halte es für sehr wünschenswerth, daß das Eisenbahnnetz in unserem Staate nicht nur in seinen Hauptrichtungen, sondern auch in Beziehung auf die nothwendigen Verbindungs- und Anschlußbahnen der Vollendung möglichst entgegengeführt werde. Ich halte es insbesondere für wünschenswerth, daß die Ostbahn, sobald nur irgend thunlich, in Angriff genommen werde. Ich theile nicht die Ansicht eines geehrten Mitgliedes der sächsischen Ritterschaft, welches in der gestrigen Sitzung, abschweifend von dem Gegenstande, sich über die der Provinz Preußen gewährten Unterstützungen mißbilligend ausgesprochen hat, und bei dieser Gelegenheit Grundsätze entwickelte, die, meines Erachtens, in einer reichsständischen Versammlung keine Geltung finden können, und wie ich zu meiner Freude bemerkt habe, nicht die mindeste Zustimmung gefunden haben. Bedarf irgend eine Provinz einer größeren Unterstützung als andere Provinzen, so werde sie ihr mit theilnehmender Bereitwilligkeit gewährt. Ich theile eben so wenig die Ansicht derjenigen Mitglieder, die in dem Kostenpunkt ein Hinderniß finden, gegen die Ausführung der Bahn zu votiren. In der Rhein-Provinz ist allerdings, wie von einem geehrten rheinischen Kollegen bereits angeführt ist, im Verhältniß zu den Unterstützungen in anderen Provinzen und der Beisteuer zu den Staatslasten von der Staats-Regierung wenig für Eisenbahnen geschehen. Vieles ist noch zu wünschen übrig. Auch in meiner Heimath sind mehrere Konzessions-Anträge noch bis heute unberücksichtigt geblieben. Fern aber sey es von uns, dies bei dieser Veranlassung geltend zu machen und der Ausführung des vorliegenden Projekts entgegenzutreten. Und wären die Kosten noch viel bedeutender, und die Opfer, die zu bringen sind, noch viel erheblicher, so würden wir doch dem vorliegenden Projekt vor allen übrigen den Vorrang mit Freuden zuerkennen müssen, und zwar nicht nur aus höheren politischen und militärischen Rücksichten, so wie aus den Gründen, die uns der Hr. Landtags-Kommissar so überzeugend ausgeführt hat, sondern noch insbesondere darum, um die materielle Wohlfahrt derjenigen Provinz zu fördern, in deren Namen wir uns Alle vereinigt fühlen, einer Provinz, die wegen ihrer immensen Anstrengungen und Opfer im Befreiungskriege einen gerechten Anspruch auf unsere Sympathie erworben hat und uns in echt patriotischer Gesinnung unter Hintansetzung provinzieller Interessen noch heute mit so trefflichem Beispiele vorangeht.

Ich freue mich, daß die Staats-Regierung den Grundsatz, die großen Staatsbahnen für Staatsrechnung auszu-

führen, nunmehr als den wichtigeren anerkannt hat. Bei der Versammlung der ständischen Ausschüsse erklärte die Staats-Regierung, daß sie den Bau für Staatsrechnung nicht für zweckmäßig halte, daß sie es vielmehr angemessener finde, die Ausführung der Eisenbahn der Privat-Association zu überlassen. Erst nachdem der damals präsidirende Herr Landtags-Kommissar auf das bestimmteste eine Abstimmung über die Frage verweigert hatte, ob Se. Majestät der König zu bitten sey, die Ausführung der Bahn auf Staatskosten zu beschließen; nachdem auf das bestimmteste erklärt worden, es werde die Ausführung von Seiten des Staats nicht erfolgen, und es werde die Ausführung der Bahnen auf lange Zeit ausgesetzt bleiben müssen, wenn der Vorschlag der Regierung nicht wünschenswerth erscheine, erst dann konnte der Beschluß der Majorität der ständischen Ausschüsse gewonnen werden, obgleich auch damals schon erwähnt wurde, daß eine Garantie, als mit einer mittelbaren Renten-Schuld gleichbedeutend, ohne Zustimmung der Reichsstände nicht gewährt werden könne.

Wenn freilich bei der späteren Abstimmung, wie von dem Königl. Kommissar gestern bemerkt wurde, die Frage, ob der Bau für Staatsrechnung gewünscht worden wäre, wenn nicht die oben erwähnte bestimmte Erklärung gegeben worden wäre, nicht eine größere Zahl von Stimmen vereinigte, so ist dies schon durch die Eigenthümlichkeit der Frage leicht erklärlich. Damals hätte unter günstigen Bedingungen eine Anleihe zu dem Zweck, um die Eisenbahnen für Staatsrechnung auszuführen, abgeschlossen werden können. Jetzt würde allerdings nur unter sehr ungünstigen Bedingungen eine Anleihe zu kontrahiren seyn.

Aber abgesehen davon, hindert uns eine ernste Pflicht, die wir dem Lande gegenüber zu erfüllen haben, heute eine zustimmende Erklärung zu ertheilen. So lange wir uns nicht in der Lage befinden, die Verwendung in regelmäßig wiederkehrenden Perioden kontrolliren zu können, so lange werden wir, konsequent mit dem Votum in Betreff der Landrenten-Banken, uns in der unangenehmen, ja höchst peinlichen Nothwendigkeit befinden, unsere Zustimmung zu allen Anleihen versagen zu müssen, und zwar nicht aus Parteizwecken oder aus solchen Rücksichten, wie sie von einem andern Mitgliede der sächsischen Ritterschaft gestern angedeutet zu seyn schienen mittelst Aeußerungen, die schon von einem hochgeachteten Mitgliede der preußischen Ritterschaft verdientermaßen zurückgewiesen worden sind, sondern weil es als eine ernste Gewissenspflicht erscheint, eine Gewissenspflicht, die höher steht, als alle anderen Pflichten, und die deshalb auf Anerkennung Anspruch hat. Ich hoffe und wünsche, daß die Zeit nahe sey, in welcher wir der Staatsregierung zu allen großen Zwecken unsere Unterstützung werden angedeihen lassen können. Unter den gegenwärtigen Umständen halte ich mich verpflichtet, gegen die Anleihe zu votiren.

Abg. v. Bismark-Schönhausen: Der letzte Redner aus der Rhein-Provinz hat heute den persönlichen Vorwurf wiederholt, welcher mir von einem Abgeordneten aus Preußen gestern gemacht worden ist. Ich habe gestern wegen der hohen Achtung, welche ich meinem gestrigen Gegner zolle, nichts erwiedert; wenn dieser Vorwurf aber heute wiederholt wird, so muß ich Nachstehendes darauf antworten: Ich habe gestern keine Verdächtigung ausgesprochen, ich habe von Niemanden behauptet, daß er nicht nach seinem Gewissen handle, sondern ich habe nur eine historische Thatsache, die unbestreitbar ist, angeführt, nämlich die, daß ein Theil der Versammlung aus dem Anleihe-Bewilligungsrecht eine Waffe schmiede, um der Regierung Konzessionen abzudringen. Das ist eine Thatsache, die ich noch heute behaupte, und wer sie sehen will, der wird sie sehen; wer sich aber durch Thatsachen verdächtigt fühlt, dem kann ich nicht helfen. Uebrigens muß ich dem geehrten Redner aus der Rhein-Provinz die Befugniß bestreiten, zu beurtheilen, ob meine Worte eine verdiente oder unverdiente Zurückweisung gefunden haben.

Abg. von der Heydt: Ich wollte bemerken, daß ich das Wort „Verdächtigung" nicht berührt, auch nicht gesagt habe, daß behauptet worden sey, wir hätten nicht nach unserem Gewissen gestimmt. Wenn ich aber gesagt habe, daß die Aeußerung verdientermaßen zurückgewiesen worden sey, so steht es mir frei, die Entgegnung so zu beurtheilen, daß ich glaube, jene Aeußerung sey verdientermaßen zurückgewiesen worden. Doch gebe ich zu, daß andere Mitglieder eine andere Ansicht darüber haben können.

Abg. v. Auerswald: Ich bedaure, zum zweitenmale in einer persönlichen Sache sprechen zu müssen. Da ich indeß derjenige gewesen bin, der gestern das Wort „Verdächtigung" gebraucht hat, so muß ich mich erklären. Das geehrte Mitglied der sächsischen Ritterschaft, dem ich übrigens für seine freundliche Meinung von mir meinen persönlichen Dank aufrichtig abstatte, hat gesagt, es habe nur von einem Faktum gesprochen. Ohne mich in einen Wortstreit einzulassen, muß ich doch erklären, daß ich die Absicht, welche Jemand mit einem Faktum möglicherweise verbinden kann, nicht für dies Faktum selbst zu halten berechtigt bin. Daraus, daß ich gegen die Anleihe stimme, darf mir Niemand die Absicht unterlegen, daß ich aus dem oder jenem Grunde dagegen stimme. Die Erklärung, daß Jemand diese oder jene von ihm selbst nicht ausgesprochene Absicht habe, nenne ich Voraussetzung, und die Erklärung, daß Jemand eine andere Absicht habe, als die er ausspricht, nenne ich Verdächtigung. Das ist der Sinn, in welchem ich dieses Wort ausgesprochen habe, und ich fühle mich nicht im geringsten durch die gegentheilige Ausführung überzeugt. (Bravo.)

Abg. Naumann stellt folgendes Amendement:

„Die hohe Versammlung genehmige die Staats-Anleihe zur Förderung der Herstellung einer Eisenbahn von Berlin nach Königsberg in P. nur unter der Bedingung, wenn diese Bahn die Richtung von Frankfurt a. d. O. über Posen und Bromberg nach Dirschau erhält."

Marschall: Es fragt sich, ob 24 Mitglieder den Antrag unterstützen? (Dies geschieht.) Derselbe wird event. zur Abstimmung kommen. (Schluß folgt.)

Wir theilen vorläufig die Abstimmung mit:

Marschall: Es ist auf namentliche Abstimmung angetragen worden; es fragt sich, ob dieser Vorschlag unterstützt wird. (Dies geschieht.)

Es wird die namentliche Abstimmung stattfinden. Die Frage ist auf den Antrag der Abtheilung gerichtet und lautet:

„Tritt die Versammlung dem Antrage der Abtheilung bei?"

Dieser Antrag wird noch einmal verlesen werden.

Sekretär v. Waldbott (liest nachstehenden Vorschlag der Abtheilung vor):

„Auf die Allerhöchste Botschaft vom 28. März 1847 die ständische Zustimmung zu erklären, zu einer Staatsanleihe, welche aus dem durch die Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 22. November 1842 bis zum Betrage von jährlich zwei Millionen ausgesetzten Eisenbahnfonds zu verzinsen und zu tilgen, und welche zu verwenden ist, behufs beschleunigter Herstellung der östlichen Eisenbahn von Königsberg bis Driesen unter gleichzeitiger Erbauung der Zweigbahn von Danzig bis Dirschau."

Das Resultat der Abstimmung ist folgendes: Für Ja haben gestimmt 179; für Nein haben gestimmt 360.

Uebersicht.

Amtliche Nachrichten.
Deutschland. Berlin (der Landtag abermals verlängert; der Landtagsmarschall v. Rochow; die Baumwollspinnerei und die Schutzzölle in den vereinigten Staaten). Elberfeld (Staatsunterstützung der Fabrikanten). Darmstadt (Dr. Rupp). Mainz (Heinrich v. Gagern). Gießen (Heinrich v. Gagern).
Oestreich. Prag und Großwardein (Bredunrnhen).
Frankreich. Paris (Ende des Bürgerkrieges in Portugal; das neue Medizinalgesetz; die Kredite für Algier).
Großbrittanien. London (Interpellationen in Betreff Portugals).
Spanien. Madrid (der König).
Portugal. Oporto und Lissabon (Wegnahme des Geschwaders der Junta; die Gefangennahme von Das Antas und die Annahme der Bedingungen des Obersten Wylde bestätigen sich).
Italien. Rom (glänzendes Fronleichnamsfest). Turin (v. Adel).
Türkei. Konstantinopel (die Ausgleichung mit Griechenland).
Griechenland. Athen (türkische Truppenzusammenziehungen an der Gränze).

Amtliche Nachrichten.

Berlin, vom 12. Juni. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Geh. Regierungsrath Engelhardt beim statistischen Büreau zu Berlin den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub, und dem Rentier David Michael Fränckel den Titel eines Geheimen Kommissions-Rathes zu verleihen.

Der Advokat Lambert Hagen zu Köln ist zugleich zum Anwalt bei dem königl. Landgerichte daselbst und der Advokat Eduard Mayer zu Köln zugleich zum Anwalt bei dem königl. Landgerichte daselbst ernannt worden.

Deutschland.

Berlin, vom 9. Juni. Es scheint sich zu bestätigen, daß der vereinigte Landtag vom 19. d. M. ab, noch einmal und zwar wahrscheinlich bis zum 25. d. wieder verlängert werde. Vermuthlich will man den Schein vermeiden, als liege es in der Absicht, die Beendigung der Petitionen abzuschneiden, nachdem die Propositionen ihre Erledigung fanden. Jedenfalls wird der Eindruck der Verlängerung ein guter seyn, auch wenn die Abgeordneten, was man namentlich den Landbewohnern nicht verdenken kann, allgemach anfangen, große Sehnsucht nach Hause zu bekommen. Die Mitglieder der Stände-kurie haben (wie schon gemeldet) beschlossen, vor ihrer Trennung ihrem Marschall, dem Hrn. v. Rochow, einen Beweis der Anerkennung für seine eben so gerechte, als geschickte Handhabung des Präsidiums darzubringen. Mit der Ausführung dieses Vorhabens, von welchem sich wahrscheinlich Niemand ausschließen wird, ist der Rheinische Landgemeinden-Abgeordnete Aldenhoven betraut worden. In der That ist die Liebe und Zuneigung zum Marschall v. Rochow eine eben so große als allgemeine. (Nach. Z.)

Berlin, vom 11. Juni. In der Beilage zu Nr. 156 der „Augsb. Allg. Ztg." findet sich eine Angabe über das Steigen der Baumwollenspinnerei in den nordamerikanischen Freistaaten, namentlich in Loewell bei Boston, mit dem Bemerken, daß dieses Steigen durch den hohen Schutzzoll auf englische Twiste entstanden sey. Die Thatsache, daß die Baumwollenspinnerei in den nordamerikanischen Freistaaten, und namentlich in Loewell, sich in neuerer Zeit außerordentlich gehoben habe, ist richtig; — die Voraussetzung, daß dieses Steigen durch hohen Zoll auf englischen Twist entstanden sey, ist nicht erwiesen; im Gegentheil sind es ganz andere Gründe, welche in Nordamerika, und namentlich in Loewell, die Baumwollen-Industrie gehoben haben, wie Fr. v. Raumer, der vor noch nicht langer Zeit Amerika besuchte, solches in seinem Buche über Nordamerika näher ausführt. In den nordamerikanischen Freistaaten wächst die Baumwolle; jene Länder sind die vorzüglichsten Produktions-Länder roher Baumwolle. Schon deshalb war es sehr einfach, daß man in Nordamerika daran dachte, das Rohprodukt zu verarbeiten, wie Leinengarn und leinene Waaren da viel gearbeitet werden, wo viel Flachs gebaut wird. Nach Boston kommt die rohe Baumwolle aus Carolina bei den erleichterten Transportmitteln in einigen Tagen.

Loewell insbesondere aber ist noch günstiger als unser Wupperthal mit Wasserkraft versehen, dergestalt, daß ohne Mühe und großen Kosten-Aufwand das fallende Wasser als Kraft angewandt wird, so daß es selbst der Dampfmaschine nicht bedarf.

Dieses Geschenk der Natur, nicht hohe Zölle, haben in Loewell Baumwollen-Spinnereien vor etwa 20 bis 25 Jahren entstehen lassen. Fabrikanten, die mit eigener Kraft und Intelligenz nicht recht vorwärts kamen, drangen auch in den nordamerikanischen Staaten auf hohe Zölle; worauf aber Süd-Carolina erklärte, dann vom Staatenbunde sich ganz trennen zu wollen. Um dieser dringenden Gefahr vorzubeugen, wurden (vergl. von Raumer Nordamerika, I., 420) die Zölle heruntergesetzt, und seitdem stieg die Baumwollenspinnerei in Loewell in noch höherem Grade.

Die Fabrikanten in Loewell und in anderen Etablissements in Nord-Amerika fertigen nicht die feinsten Nummern der Garne; diese, deren Verbrauch immer nur ein geringer ist, überlassen sie ruhig den Engländern, vollkommen zufrieden mit dem Erwerb aus der Fabrikation der gewöhnlichen Nummern, in denen sie die Konkurrenz mit England siegreich bestehen. Die nordamerikanische Ansicht ist jetzt allgemein die, daß hohe Zölle nicht einzuführen seyen, für tüchtige Fabrikanten künstliche Mittel, wie Schutz-Zölle, nicht nöthig und einem Lande nur diejenigen Fabrikationen ersprießlich seyen, die sich durch eigene Kraft und Intelligenz erhalten und fördern. Gerade in New-York, von woher jener Artikel datirt ist, welches entfernt von Boston und Loewell liegt, und Handelsplatz nur ist, ist diese Ansicht vorherrschend. (A. Pr. Z.)

Elberfeld, vom 13. Juni. In der zwanzigsten Sitzung des Gemeinderaths vom 11. Juni c. machte der Herr Oberbürgermeister folgendes bekannt:

„In Folge des in der Sitzung des Gemeinderaths vom 26. März d. J. gefaßten Antrages auf Gewährung einer fernerweiten Staatsunterstützung, behufs vermehrter Beschäftigung der Fabrikarbeiter in der Gemeinde Elberfeld, war das Rescript der königl. Regierung vom 7. Juni 1847 eingegangen, welches der Hr. Oberbürgermeister dem Gemeinderath in der heutigen Sitzung vorlegte, und wonach durch Verfügung des Hrn. Oberpräsidenten der Rheinprovinz vom 5. d. M. die königliche Regierung ermächtigt worden, dem Gemeinderath eine Staatsunterstützung im Betrage von zehntausend Thlrn. unter der Bedingung zu dem gedachten Zwecke in Aussicht zu stellen, daß derselbe eine Vereinbarung von Fabrikanten zu ähnlichen Unternehmungen, wie diejenige des Hrn. Commerzienraths van der Beck, vermittelte, resp. zu Stande bringe, und worauf hin die königl. Regierung der Anzeige, daß eine derartige Vereinbarung von Fabrikanten unter dem Zwecke entsprechender Modalitäten zu Stande gekommen sey, bald entgegen sehe.

Gemeinderath nahm in dankbarer Anerkennung der wohlwollenden Absichten der hohen und höchsten Behörden die vorstehenden Mittheilungen entgegen und forderte den Herrn Oberbürgermeister auf, nach Maßgabe der in dem Bericht der Commission zur Aufstellung von Vorschlägen in dieser Angelegenheit vom 29. März d. J. enthaltenen Vorschläge unverweilt eine Versammlung der Fabrikanten zu veranlassen, dieselben von den nach Maßgabe der anderweitigen Verleihung entworfenen Bedingungen in Kenntniß zu setzen und eine Vereinbarung unter denselben in der verlangten Weise zu ermitteln, resp. zu Stande zu bringen, welche geeignet ist, um für die Beschäftigung unserer arbeitslosen Fabrikarbeiter die angebotene Unterstützung zu erlangen." (E. Z.)

Darmstadt, vom 11. Juni. Hofprediger Dr. Zimmermann zeigt in der neuesten Nummer seiner „Kirchenzeitung" an: „So eben erhalten wir die Nachricht, daß am 2. Juni Dr. Rupp zu der am 21. Sept. zu Darmstadt stattfindenden General-Versammlung des Gustav-Adolf-Vereins nicht gewählt worden ist. Wir danken dafür den preußischen Brüdern und hoffen nun um so mehr auf die Wiederherstellung des Friedens."

Mainz, vom 11. Juni. Ich beeile mich, Ihnen die Nachricht mitzutheilen, daß der Freiherr Heinrich v. Gagern den dringenden Bitten seiner zahlreichen Verehrer und Freunde nachgegeben und die Zusage gegeben hat, sich auf den ihm angesonnenen Zweikampf nicht einzulassen. Man ist dem hochverehrten Manne dafür den innigsten Dank schuldig, den man ihm ohne Zweifel noch auf eine andere Weise zu erkennen geben wird.

Er ist im ganzen Rheinlande als ein Ehrenmann, als ein fester Charakter und freisinniger Politiker bekannt. Als junger Mann von 17 Jahren hat er die Schlacht von Waterloo mitgekämpft und dann auf verschiedenen Hochschulen die Rechte studirt. Dem talentvollen und in jeder Beziehung tüchtigen Sohne des berühmten Diplomaten stand eine glänzende Laufbahn im Staatsdienste bevor und Heinrich v. Gagern war, kaum 30 Jahre alt, schon Regierungsrath in Darmstadt. Im Anfange der dreißiger Jahre, als sich auch im Großherzogthum Hessen frischeres Leben regte, das sich in der zweiten Kammer abspiegelte, ward Herr v. Gagern zum Abgeordneten gewählt. Da er sich als Volksvertreter und Staatsbürger verpflichtet und gedrungen fühlte, im Ständesaale freimüthig die Interessen des Landes und seiner Wähler zu vertreten, so konnte es nicht ausbleiben, daß er bei den Ministern anstieß und bald in die Reihe mißliebiger Personen gerechnet wurde. Gagern ist mit seinen Ansichten und Ueberzeugungen stets offen hervorgetreten, er hat nie hinter dem Berge gehalten. So trat er schon 1826 dem jetzigen Ministerialrath Ruder entgegen, der sechsjährige Finanzperioden statt der verfassungsmäßig bestimmten dreijährigen in Vorschlag brachte. So erklärte er, daß er einer der Stifter der allgemeinen deutschen Burschenschaft und auch unter denen gewesen sey, welche den Verleumder der deutschen studirenden Jugend, den bekannten Stourdza, zum Zweikampfe gefordert habe. Als Berichterstatter der Adresse auf die Thronrede 1832 und des Rechenschaftsausschusses, als Redner in der Kammer, zeigte er eine entschieden konstitutionelle Gesinnung. Er wollte nicht blos den Buchstaben, sondern auch den Geist der Verfassung zur Geltung gebracht wissen und sprach stets in diesem Sinne mit entschiedenem Nachdrucke. Der erst 34 Jahre alte Regierungsrath wurde nach dem Schlusse des Landtages pensionirt. Aber Herr v. Gagern mochte keinen Gehalt nehmen, nahm seinen Abschied und trat 1834 wieder in die Kammer, in welcher sich damals noch eine freisinnige Majorität befand. In einer sei-

ner Reden drang er insbesondere auf Unabhängigkeit des Richteramtes. Als die Kammer aufgelöst worden war, erschien Gagern nicht mehr auf dem Landtage und widmete sich ganz der Bewirthschaftung seines Gutes Monsheim. Die Rheinhessen hatten, gleich nachdem Herr v. Gagern seinen Abschied aus dem Staatsdienste genommen, ihm lebenslängliche Auszahlung seines Gehaltes verbürgt. Er lehnte indessen das ehrenvolle Anerbieten ab. Auf Andringen der Provinz Rheinhessen, für deren Institutionen er so manche Lanze gebrochen, hatte Gagern sich vor einigen Monaten entschlossen, wieder in die Darmstädter zweite Kammer einzutreten.

Gießen, vom 9. Juni. Gleich den Provinzial-Hauptstädten Darmstadt und Mainz, so wie den rheinhessischen Städten Bingen und Worms, hat auch unsere Stadt sich beeifert, an Herrn von Gagern gelegentlich der bekannten Diskussion alsbald eine Adresse zu erlassen. Sie wurde, um keine Zeit zu verlieren, nur mit etwa 50 Unterschriften versehen, in diesen Tagen an ihn abgesendet, worin es heißt:

„Sie sind, hochgeehrter Mann, durch eine in Ihrer bekannten Schrift über die Garantieen für die rheinhessische Rechtsverfassung enthaltene Aeußerung gegen den Hofgerichtsrath und Landtagsabgeordneten Georgi aus Gießen, von diesem zum Zweikampfe gefordert worden und es hat derselbe außerdem in einer der großherzoglich hessischen Zeitung vom 3. d. M. abgedruckten s. g. „öffentlichen Erwiederung" versucht, Sie vor dem hessischen Volke zu beschimpfen. Bürger dieses hessischen Volkes, Bewohner der Stadt, in welcher Herr Georgi seit vielen Jahren seinen Wohnsitz hat, halten wir uns sowohl für berechtigt, als für verpflichtet, Ihnen hiermit zu erklären, daß Dasjenige, was Hr. Georgi gegen Sie vorbringt, ganz und gar nicht im Stande ist, die tiefbegründete Achtung, die innige Verehrung zu schwächen, zu erschüttern, die wir mit der Mehrzahl der Bewohner von Gießen, ja wir können sagen mit der Mehrzahl der Bürger des hessischen Staats für sie hegen und empfinden. Ihr Muth, verehrter Mann, hat sich in anderer, in würdigerer und männlicherer Weise erprobt, als in dem Eingehen in einen von unserer Zeit als barbarisch und unmoralisch verdammten, von unserer Strafgesetzgebung als verbrecherisch bezeichneten Zweikampf; und wir würden lebhaft beklagen müssen und in keiner Weise gerechtfertigt sehen können, wenn Sie, hochgeschätzter Mann, uneingedenk der Hoffnungen und Erwartungen, welche wohl der größte Theil des hessischen Volkes an Ihr Wiedereintreten in die zweite Kammer der Landstände zu knüpfen berechtigt ist, uneingedenk der Pflichten, die Ihnen dadurch obliegen, sich zum Zweikampfe stellen wollten" ꝛc. ꝛc. (Aehnliche Adressen gehen aus allen Theilen des Großherzogthums an Hrn. v. Gagern ein.)

Nebstdem sind Deputationen nach Darmstadt gereist, um Herrn v. Gagern das Bedauern auszudrücken, das allgemein darüber empfunden werde, daß sein Streben für das Wohl des Volkes, insbesondere Rheinhessen, die ihm so werthvollen Gesetze und Institutionen zu erhalten, für ihn die Veranlassung persönlicher Unannehmlichkeiten geworden sey; und ihm die volle Billigung darüber auszusprechen, daß er sich mit Herrn Georgi wenigstens nicht in einer Art und Weise eingelassen, deren nachträglicher Provocation sehr verschiedene Motive zum Grunde gelegen haben können, und bei der der Charakter eines Duelles gänzlich geschwunden seyn würde.

Oestreich.

Nach unsern heutigen Briefen aus Prag von 8. Juni kam es am Abend zuvor daselbst zu einem Brodkrawall, der nach Mitternacht gestillt wurde. Es ward am 8. bekannt gemacht, daß es Jedermann freistehe Brod zu verbacken und zu verkaufen.

Pesth, vom 6. Juni. Es sollen heute Briefe auf Großwardein angekommen seyn, denen zufolge es dort zu bedeutenden Excessen gekommen ist. Der Pöbel, gegen die Kornhändler aufgereizt, soll sich in Massen zusammengerottet und seine Wuth besonders gegen die Juden ausgelassen haben, wobei mehrere Personen das Leben verloren hätten. Man erwartet noch das Nähere über diese traurigen Vorfälle. (A. Z.)

Frankreich.

Paris, vom 12. Juni. Das Ende des Bürgerkrieges in Portugal scheint sich durch folgende Nachricht des Journal des Debats zu bestätigen: „Graf Das Antas hatte sich in Oporto mit 2500 Mann und einer Batterie Artillerie auf zwölf Fahrzeugen (Segel- und Dampfschiffen) eingeschifft, um eine Landung in Lissabon zu wagen. Beim Auslaufen aus dem Hafen wurde er jedoch von dem verbündeten Geschwader arretirt und, ungeachtet seiner Vorstellungen, nach Oporto zurückgebracht zu werden, nach der Rhede von Lissabon abgeführt, wo die vereinigte Flotte mit ihrer Prise Anker warf.

Das spanische Armeekorps ist in die Festung Valenzia de Minho eingerückt, nachdem es die Truppen der Junta, die sie belagerten, verjagt und ihnen 14 Mann getödtet und 40 zu Gefangenen gemacht hatte. (S. Portugal.)

— Das Gerücht geht, zwischen der Königin Isabella und unserem Geschäftsträger Glücksberg habe eine ähnliche Scene, wie mit Mussurus in Athen, stattgefunden.

— Flourens hatte bekanntlich zu dem neuen Medizinalgesetz das Amendement gestellt, „zwei Klassen von Aerzten für Stadt und Land zu etabliren." Dies lief aber gegen den Inhalt des Salvandischen Entwurfs, der nur Eine Kategorie feststellt. Gestern Abend 5 Uhr hat die Pairskammer dieses Amendement mit 78 gegen 58 Stimmen verworfen. Salvandy, der Unterrichtsminister, hatte erklärt, daß er sein Portefeuille niederlegen würde, wenn das Amendement durchginge. Die ganze ministerielle Schaar, den künftigen Regenten, Herzog von Nemours an der Spitze, wurde daher aufgeboten, um obiges Resultat zu erzielen. Nemours erhob sich zuerst, um seine schwarze Kugel in die Urne zu werfen; ihm folgten Soult und die anderen Heerführer. Indessen beträgt die ministerielle Majorität immer nur 11 Stimmen.

— Die Deputirtenkammer hat gestern Abend nach mehrtägiger Diskussion das Gesetz rücksichtlich der algierischen Kredite mit 231 gegen 30 Stimmen angenommen. Dieses Resultat wäre sicher nicht erreicht worden, wenn der Kriegsminister Trezel nicht inmitten der Diskussion sich erhoben und im Namen des Königs erklärt hätte: daß die Regierung den Bugeaudschen Militär-Kolonisationsplan zurücknehme. Durch diese gewichtige Erklärung fielen die meisten Entwürfe von selbst zusammen und das parlamentarische Gewehrfeuer wird wohl so lange gegen das Ministerium eingestellt bleiben, als irgend ein neuer Kolonisationsplan auftaucht. Die Kolonisation ist es ja aber eben, was nur fürs Ausland von Interesse in der ganzen langschweifigen Diskussion seyn konnte. Durch Beseitigung jedes derartigen Planes fällt auch das Letztere.

— In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer zeigte der Präsident der Kammer an, daß der Minister des Auswärtigen die auf Portugal bezüglichen Dokumente deponirt habe.

Großbrittanien.

London, vom 11. Juni. Unterhausverhandlungen vom 11. Juni. Auf eine Anfrage von Dr. Bowring erklärte Lord Palmerston, die Vermittelung Englands in dem Streit zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Mexiko sey angeboten, aber von beiden Seiten abgelehnt worden.

Hierauf erhob sich Herr Hume, um seinen Antrag betreffs der portugiesischen Angelegenheiten vorzubringen.

Er beantragte, daß das Haus folgenden Beschluß fasse: „Das Haus ist der Ansicht, daß die bewaffnete Intervention Englands zwischen den politischen Parteien in Portugal grundsätzlich unverantwortlich ist und leicht zu ernsten und höchst nachtheiligen Folgen führen kann." (Morgen das Nähere.)

Spanien.

Madrid, vom 7. Juni. Man arbeitet daran, den König zu einem Zusammentreffen mit Isabella in La Granja zu bewegen.

— Depeschen aus Portugal bestätigen die portugiesischen Ereignisse. (S. Portugal.)

Portugal.

Am 10. langte der Dämpfer „Polyphemus" mit wichtigen Depeschen vom englischen Gesandten und Sir William Parker aus Lissabon in Southampton an. Der Korrespondent der „Times" schreibt aus Oporto vom 7. Juni u. A. Folgendes:

Am Sonntage den 30. Mai hielt die Junta eine Berathung, ob die von ihr dem Grafen das Antas gegen die Hauptstadt anvertraute Expedition von den englischen Kriegsschiffen ernstliche Gefahr zu besorgen habe oder nicht. Es wurden die Gründe dafür und dawider entwickelt. Die Letzteren überwogen, indem ganz besonders hervorgehoben wurde, daß bisher englischer Seite stets nur der Ausdruck „wahrscheinlich" gebraucht, keineswegs aber in bestimmter und unzweifelhafter Weise die Absicht einer gewaltsamen Einmischung kundgegeben worden. Es schifften sich daher unter dem Zusehen der englischen Flottille 2500 Mann Infanterie und 90 Mann Kavallerie, nebst 2 Feldgeschützen, auf etwa 14 der Junta gehörigen, theils Kriegsdampfschiffen, theils Handelsfahrzeugen unter den Befehlen des Grafen das Antas ein, der den Auftrag hatte, in der Bay von Cascaes zu landen und mit seiner Streitmacht gegen Lissabon vorzurücken, die Hauptstadt wegzunehmen und dem Bürgerkrieg ein schnelles Ende zu machen. Inzwischen erhielt die Junta durch den brittischen Konsul in Oporto das Schreiben des brittischen Gesandten, datirt Lissabon 28. Mai, worin ihr Gesuch um sicheres Geleit für eine Kommission, die zur direkten Unterhandlung mit der Königin nach Lissabon abgehen sollte, abgeschlagen wurde. Noch war aber keine Rede von offener Gewalt, von bewaffneter Einmischung. Als aber am 31. Mai früh die Expedition unter das Antas in See stechen wollte, erhielt der Letztere von Sir Thomas Maitland die Aufforderung, sich zu ergeben. Diese Aufforderung lautete: „An Bord der „America", vor Oporto, 31. Mai. Ich habe die Ehre, Ihnen anzuzeigen, daß mein ausdrücklicher Auftrag dahin geht, die Kriegsschiffe, Truppen ꝛc. der Junta wegzunehmen. Werfen dieselben nicht sofort neben der „America" Anker, so werde ich, wenn auch mit Widerstreben, zur Anwendung von Gewalt genöthigt seyn." Nach Empfang dieser Zeilen sah das Antas, daß ihm nichts Anderes übrig bliebe, als sich der Uebermacht zu ergeben. Dies that er unter Uebersendung folgenden Protestes: „An Bord des „Mindello", vor Oporto, 31. Mai. Ich habe die von Ew. Excellenz übersandte Mittheilung erhalten. Von einer Macht umringt, die der von mir befehligten so sehr überlegen ist, betrachte ich mich als kriegsgefangen. Ich protestire feierlichst gegen diese gewaltsame Verletzung des Völkerrechts; gegen diesen Krieg wider ein befreundetes Volk ohne irgend eine vorherige Kriegserklärung; gegen den ärgsten Mißbrauch der Gewalt, der je gemacht wurde und dazu unter so erschwerenden Umständen, daß er die englische Nation für immer entehrt. Ew. Excellenz wollen gefälligst in Betreff des weiteren Schicksals der unter meinem Kommando befindlichen Truppen die nöthigen Befehle ertheilen. Graf das Antas."

Sir Thomas Maitland zögerte auch nicht lange mit Erfüllung des Gesuches, indem er alsbald den das Antas aufforderte, seine Truppen zu entwaffnen, widrigenfalls Zwangsmaßregeln zur Anwendung kommen würden. Unnützer Weise feuerte eins der englischen Schiffe auf eins von den Fahrzeugen der Junta und tödtete dadurch zwei Mann. Die Volkstruppen legten ihre Waffen nieder; ein Offizier gab sich den Tod, weil er die Schande solcher Erniedrigung nicht überleben wollte, und zwei Matrosen sprangen über Bord, deren Einem es gelang, sich durch Schwimmen ans Ufer in Sicherheit zu bringen. Als diese Vorfälle in Oporto bekannt wurden, entstand eine große Aufregung unter dem Volke, das namentlich gegen die Engländer höchst erbittert wurde. Die Junta schritt aber so kräftig zum Schutze der Fremden ein, daß Keinem etwas zu Leide geschah. „Hätte die Junta, sagt der Korrespondent, blos ihre persönliche Sicherheit zu Rathe gezogen und sich aus dem Staube gemacht, so wäre ich wahrscheinlich nicht mehr am Leben, um diesen Brief zu schreiben, eben so wenig als irgend ein Anderer von meinen Landsleuten."

Um 4 Uhr des Morgens wurde das Antas mit seinen Truppen von den Engländern gefangen genommen und erst Mittags um 1 Uhr erhielt die Junta ein vom 20. Mai aus Lissabon datirtes Schreiben des englischen Gesandten Seymour, worin er die Absicht der gewaltsamen Intervention Seitens Englands ausspricht. Ueber der Verspätung dieses Briefes schwebt bis jetzt großes Dunkel, ob und was für Intriguen dabei im Spiele gewesen, muß sich wohl bald herausstellen. Sicher ist, daß dieses Schreiben, zu rechter Zeit abgegeben, das Auslaufen der das Antas'schen Expedition verhindert haben würde. Die Junta hat gleich nach Eingang der Nachricht von das Antas über das ihn betroffene Schicksal einen energischen Protest gegen das brutale und völkerrechtswidrige Verfahren der Engländer aufgesetzt und dem englischen Konsul einhändigen lassen. Einen ähnlichen Protest wird sie an alle civilisirten Nationen der Erde richten.

Marschall Saldanha bekam auf einmal Courage; er verließ sein Hauptquartier, aus dem er sich so viele Monate lang nicht herausgerührt, und schlug es nun in Grigo, zwei Stunden vor Oporto, auf.

Somit brach er den unter beiden kriegführenden Parteien durch diplomatische Vermittelung abgeschlossenen Waffenstillstand. Auch war ein spanisches Truppenkorps von Galizien her in Portugal eingedrungen, hatte die Truppen der Junta geschlagen und sich der Stadt Valença bemächtigt.

Ehe noch der „Polyphemus" von Oporto abfuhr, hatte die Junta sich entschlossen, die früher vom Obersten Wylde überbrachten Vorschläge — die bekannten vier Artikel nebst der Amnestie — anzunehmen. Damit scheint denn die ganze Sache ihrem Ende nah.

Lissabon, vom 5. Juni. Die von Sir Thomas Maitland in der Nähe von Oporto gefangen genommenen 2500 M., nebst ihrem Anführer das Antas, langten am 2. Juni an der Mündung des Tajo an. Das dort gelegene Fort St. Julian wurde vom englischen Admiral für passend gehalten, um die septembristischen Soldaten vorläufig in sichern Gewahrsam zu bringen. Die Regierung der Donna Maria wollte die Bewachung selbst übernehmen; doch auf dieses Verlangen wenigstens gingen die brittischen Behörden nicht ein und so mußten es sich die Cabralisten schon gefallen lassen, daß der Admiral Parker das Fort mit 200 englischen Marine-Soldaten besetzte und die Gefangenen gänzlich unter brittische Autorität stellte. Die Gefangenen haben auf dem Transport fürchterlich gelitten, indem sie bei fast tropischer Hitze wie Häringe zusammengepöckelt und schlecht mit Wasser versorgt waren. Zuletzt brach ein heftiges Typhusfieber unter ihnen aus.

Am 1. Juni schrieb Parker an Sa da Bandeira, theilte ihm die Gefangennahme des von das Antas kommandirten Truppenkorps mit und forderte ihn auf, sich gleichfalls zu ergeben. Sa da Bandeira erwiederte am 2. Juni, daß er „in Gegenwart eines neuen und mächtigen Feindes, der gegen die Sache des portugiesischen Volkes eine Demonstration gemacht", alle Feindseligkeiten einstellen werde, bis er von der Junta in Oporto Instruktionen erhalte. Zu diesem Zwecke ersuche er den Admiral, er möge einen seiner Stabsoffiziere mit Depeschen für die Junta auf einem englischen Dämpfer nach Oporto senden. Diesem Gesuch wurde willfahrt und man erwartet für morgen die Antwort der Junta zurück. Eins von den Schiffen, das zur das Antas'schen Expedition gehörte, ist mit einem guten Vorrath von Congreve'schen Raketen und anderm Kriegsmaterial nebst 80 Artilleristen nach Setubal entkommen.

Ein königl. Dekret erklärte Setubal sowie alle Häfen nördlich des Douro bis Viana hin in Blokadezustand.

Der Herzog von Terceira, der an acht Monate Gefangener der Junta von Oporto war, ist von der letzteren in Freiheit gesetzt worden. Povoas, der sich in Ober-Beira befindet, sieht zwar ein, daß den vereinten fremden Mächten gegenüber nichts mehr auszurichten ist, meint aber, man müsse den Anschein eines kräftigen Widerstandes fortsetzen, um schließlich günstigere Bedingungen zu erlangen.

„Die Hitze," schreibt der Korresp. der Times aus Lissabon vom 4. Juni, „ist eine Woche lang vollkommen tropisch gewesen und hat selbst dem Weinstock geschadet. Einige Nächte war die Hitze eben so arg als während des Tages, wo das Thermometer einige Mal auf 100° Fahrenheit im Schatten stieg."

Italien.

Nach Briefen aus Rom vom 4. Juni war das Fronleichnamsfest diesmal eines der glänzendsten, dessen man sich in langen Jahren erinnerte. Es nahmen gegen 4500 Welt- und Ordensgeistliche daran Theil.

Turin, vom 1. Juni. Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Sr. Maj. des Königs von Bayern beim sardinischen Hof, Staatsrath v. Abel, hat gestern die Ehre gehabt Sr. Maj. dem König unserm Herrn sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen. (Gazz. Piemont.)

Türkei.

Konstantinopel, vom 26. Mai. Die Pforte temporisirt noch immer, und noch hat sie bis jetzt nicht gewagt auch nur eine der gegen Griechenland projectirten Zwangsmaßregeln zur Ausführung zu bringen. Immer wieder angekündigt und immer wieder verschoben scheinen diese Zwangsmaßregeln den Türken selbst bedenklich vorgekommen zu seyn, bedenklich

für den eigenen Verkehr und für das eigene Interesse. Zuerst der ganz kurze Termin von drei Tagen, binnen welchen dem Hrn. Musfurus in Athen Genugthuung werden sollte. Er verstrich ohne Erfolg und Musfurus verließ die griechische Hauptstadt; dann die längere, allem Anschein nach sich als verhängnißvoll ankündigende Frist bis zum 30. März, dann immer neue kleinere Fristen, die sämmtlich „auf die Ankunft des nächsten Dampfboots vom Piräeus“ lauteten, dann als Zugabe noch jene „bis zur Rückkunft des russischen Dampfboots!“ Weit entfernt indessen deßhalb einen Tadel über die Pforte auszusprechen, tragen wir kein Bedenken dieses Zögerungssystem den Ministern des Sultans zum Verdienst anzurechnen, da sie, ohne in die Theorien der Nationalökonomen vom Fach eingeweiht zu seyn, das ganze Gewicht der Frage und ihres Einflusses auf das türkische Handels- und Finanzinteresse selbst, und man kann ohne Bedenken hinzufügen auf das europäische, somit auch auf das Interesse Englands weit besser zu ermessen wußten als der allzurasche Staatsmann, der von der Themse aus jeden Augenblick die Welt in Verwirrung zu bringen droht. Noch ist zwar nicht alle Gefahr vorüber, und es können noch unangenehme Chancen in der Sache eintreten; aber im allgemeinen kann man jetzt der Ausgleichung des über die Gebühr hoch angeschlagenen Streites ein günstiges Prognostikon stellen. Frankreich ist den Griechen ohnehin günstig, Rußland gibt der Pforte den unumwundenen Rath von der Strenge ihres Ultimatums abzulassen und der leidigen Geschichte ein Ziel zu setzen, England läßt in seinem Toben nach. Dieß sind bekanntlich die drei Schutzmächte Griechenlands; aber trotz dem besondern Verhältnisse, in dem sie zu dem Königreich stehen, geschah die Lösung der Frage nicht durch sie. Das Cabinet von Athen richtete in der Verlegenheit seine Blicke nach Wien und erbat die Vermittelung Oestreichs; der Sultan kann, ohne mit sich selbst und den auf seinen Befehl vom Großwessier früher gemachten Aeußerungen in Widerspruch zu gerathen, unmöglich diese Vermittelung ablehnen, und die drei Cabinette der Schutzmächte werden wohl schwerlich etwas dagegen haben, daß die wohlgemeinten Bemühungen einer ihnen befreundeten Macht sich zur Wahrung des Friedens und zum allgemeinen Besten in Konstantinopel geltend machen. Es ist, wie mich dünkt, nicht das erstemal daß dieß geschieht. Als ein deutscher Repräsentant dem Reis-Effendi die Mittheilung machte daß das griechische Cabinet die oben erwähnte Vermittelung angesucht habe, soll Ali Effendi im höchsten Unmuth ausgerufen haben: wie sich denn Griechenland anmaßen könne, ohne die Mitwirkung der Pforte einen Schiedsrichter aufzustellen! Als man ihn aber auf den wichtigen Unterschied, der zwischen dem Amt eines Schiedsrichters und dem eines Vermittlers besteht, aufmerksam machte, soll sich Ali Effendi völlig beruhigt, und nur darüber beklagt haben, daß die Pforte keine directe Mittheilung aus Athen darüber erhalten habe.

Nachschrift. Soeben vernehme ich, daß der Reis-Effendi in einer Conferenz, die er gestern mit einem fremden Diplomaten gehabt, erklärt habe, die Pforte wolle die gegenwärtige Lage der Dinge nicht verschlimmern, noch dem östreichischen Cabinet neue und unerwartete Schwierigkeiten in den Weg legen; sie sey vielmehr entschlossen den status quo zu erhalten, bis man die Vorschläge des vermittelnden Cabinets erfahren haben werde.

So stehen in diesem Augenblicke die Sachen; alles berechtigt, wie mir scheint, zu der Annahme, daß eine vollständige Ausgleichung nicht mehr fern seyn kann. (A. Z.)

Griechenland.

Unsere neueste Correspondenz aus Athen geht bis zum 30. Mai. Die Wahlen gingen ruhig vor sich. Von den Gränzen liefen Meldungen über mehrfache Annäherungen türkischer Truppen ein. Die englischen Kriegsschiffe waren aus dem Golf von Nauplia nach dem Piräeus zurückgekehrt. (A. Z.)

Wasserstand. Düsseldorf, vom 14. Juni. Morgens 7 Uhr: 8 Fuß 10½ Zoll. Wind Ost.

Anzeigen.

Verkaufs-Anzeige.

Mittwoch den 16. Juni c.,
Morgens 10 Uhr,
sollen in dem Speisesaale der Artillerie-Kaserne 73 Stück noch brauchbare Kochgeschirre meistbietend gegen baare Zahlung verkauft werden.

Kaufliebhaber werden hiezu eingeladen.

Düsseldorf, den 13. Juni 1847.

Kommando der 7. Art.-Brigade.

Baumwiesen-Verpachtung
zu Urdenbach.

Auf Anstehen des Rittergutsbesitzers Herrn August Uellenberg, sollen die demselben zugehörigen, circa 25 Morgen Baumwiesen zu Urdenbach
am Dienstag den 22. Juni d. J.,
Nachmittags 2 Uhr,
in der Wohnung des Gastwirths Herrn Hassel zu Urdenbach, durch den Herrn Notar Paniel in üblichen Abtheilungen, zur vollen diesjährigen Obst- und Grasbenutzung verpachtet werden.

Alleestraße Nr. 432 sind zwei schön möblirte Zimmer zu vermiethen.

Gras-Verpachtung.

Auf Anstehen des Rittergutsbesitzers Herrn August Uellenberg, soll das demselben zugehörige zu Himmelgeist, unmittelbar am Rhein gelegene sogenannte Churfürstliche Oeth,
am Mittwoch den 23. Juni d. J.,
Vormittags 10 Uhr,
in der Wohnung des Gastwirths Herrn Gather zu Himmelgeist, in den üblichen Abtheilungen, durch den Herrn Notar Paniel zur vollen diesjährigen Grasbenutzung verpachtet werden.

Gleichzeitig erfolgt die Verpachtung einer in der Nähe des Dorfes Werften in der Ickerward gelegenen circa 3 Morgen großen Grasparzelle.

Gras-Verpachtung.

Auf Anstehen des Rittergutsbesitzers Herrn August Uellenberg, sollen die demselben zugehörigen circa 40 Morgen Breidenbrucher Wiesen
am Montag den 28. Juni dieses Jahres,
Vormittags 10 Uhr,
in der Wohnung des Gastwirthes Herrn Keven, früher Herrn Sandbach in Reisholz, durch den Herrn Notar Paniel in den bisherigen Abtheilungen, zur vollen diesjährigen Benutzung meistbietend verpachtet werden.

Transatlantische Post-Dampfschifffahrt
zwischen
Havre & New-York.

Direction: **A. Herout, de Handel & Cie.** in Havre.
General-Agentur: **Washington Finlay** in Mainz.

Zweite Abfahrt den 25. Juni 1847.

Der Dienst wird versehen durch die vier Dampffregatten:

Union, Philadelphia, New-York, Missouri,

jede von 450 Pferdekraft und 1800 Tonnen-Gehalt.

Diese Dampffregatten übernehmen den Transport der Depeschen, Reisenden und Waaren von Havre nach New-York und zurück.

Die Abfahrten finden regelmäßig zweimal jeden Monat statt.

Diese Dampfboote sind auf den Werften und unter der Leitung der königl. französischen Marine-Ingenieure erbaut und zeichnen sich durch ihre Solidität und Schnelligkeit aus.

Die Direction hat nichts in der Ausstattung versäumt und es wird der Reisende jede Bequemlichkeit der Einrichtung, so wie gute Tafel finden.

Der Preis des 1ten Platzes beträgt ab Havre fl. 500.

Der 2te Platz wird für die Dienerschaft der Passagiere des 1ten Platzes reservirt.

Für den 3ten Platz (Zwischendeck) sind die Preise je nach den Stations-Plätzen in Deutschland, der Schweiz, Holland, Belgien und Havre tarifirt.

Das Zwischendeck, welches 300 Personen faßt, ist in zwei Räume eingetheilt, wovon der eine zu Schlafstellen für Männer, der andere für Frauen eingerichtet ist.

Die Schlafstellen sind für je zwei Personen mit Matratzen und Decken versehen.

Die Passagiere des 3ten Platzes erhalten täglich:

Frühstück, bestehend aus Kaffee und Zwieback;
Mittagessen, bestehend aus Suppe, Gemüse und Fleisch nebst einer halben Flasche Wein;
Abendessen, bestehend aus Fleisch und Gemüse nebst einer halben Flasche Wein.

Für freie Bedienung, Verpflegung und Medikamente ist gleichfalls gesorgt.

Mainz, den 9. Juni 1847.

Washington Finlay.
General-Agent der Dampfschiffoline zwischen Havre und New-York.

Special-Agentur der Postschiffe
zwischen
HAVRE und NEW-YORK.

Diese Linie besteht aus den rühmlichst bekannten 16 schnellsegelnden, gekupferten Postschiffen von 800 bis 1000 Tonnen-Gehalt mit regelmäßigen Abfahrten am 1ten, 8ten, 16ten und 24ten eines jeden Monats.

Die Namen der 16 Postschiffe sind:

Burgundy, Admiral, Baltimore, Argo, Zurich, New-York, Utica, Splendid, Silvie de Grasse, Louis Philippe, Saint Nicolas, Duchesse d'Orleans, Jowa, Havre, Oueida und Bavaria.

Die regelmäßige Schifffahrt nach New-Orleans wird durch die schönen gekupferten Dreimaster 1ter Klasse von Anfang August an unterhalten. Nähere Auskunft über Bedingungen, Preise ꝛc. ertheilen der Unterzeichnete oder dessen Agenten.

Mainz, den 9. Juni 1847.

Washington Finlay.
Special-Agent der Postschiffe zwischen Havre und New-York.

Ruhrort-Crefeld-Kreis Gladbacher Eisenbahn-Gesellschaft.

Zweite Einzahlung von 10 Prozent.

Die Herren Actionaire der Ruhrort-Crefeld-Kreis Gladbacher Eisenbahn-Gesellschaft werden unter Bezugnahme auf den §. 11 der Statuten hierdurch aufgefordert, die zweite Einzahlung von zehn Prozent ihres Actien-Betrags je nach ihrer Wahl

in **Crefeld** . . bei den Bankhäusern von Beckerath-Heilmann oder Gebrüder Molenaar,
in **Köln** . . . bei den Bankhäusern Sal. Oppenheim jr. & Comp. oder Abraham Schaaffhausen,
in **Düsseldorf** bei dem Bankhause Wilh. Cleff und
in **Berlin** . . bei dem Bankhause Mendelssohn & Comp.

spätestens bis zum 1. September d. J.

zu leisten und hierbei die Quittungen über die erste Einzahlung mit vorzulegen, indem unter denselben über die jetzt zu leistende Einzahlung quittirt werden muß. Zugleich verweisen wir die Herren Actionaire wegen der Folgen der Nichteinzahlung und der Verpflichtung der ursprünglichen Zeichner auf die §§. 12 und 13 der Statuten.

Crefeld, den 9. Juni 1847.

Die Direktion
der Ruhrort-Crefeld-Kreis Gladbacher Eisenbahn-Gesellschaft.

Rheinische Dampfschifffahrt.
Kölnische Gesellschaft.

Von **Düsseldorf** täglich Morgens 9½ Uhr nach **Duisburg, Wesel** und **Arnheim,** im Anschluß an den letzten Zug nach Amsterdam.
„ **Arnheim** täglich Morgens 6 Uhr nach **Wesel, Düsseldorf** und **Köln.**
„ **Düsseldorf** Abends 6 Uhr nach und oberhalb **Köln.**
„ **Köln** Morgens 5¼ Uhr nach **Mainz,** im Anschluß an den letzten Zug nach Frankfurt.
„ **Köln** Morgens 7 Uhr nach **Arnheim,** im Anschluß an den letzten Zug nach Amsterdam.
„ **Köln** 9½ Uhr Morgens nach **Coblenz,** im Anschluß an die ersten Züge von Aachen und Hamm.
„ **Köln** Abends 9½ Uhr nach **Mannheim,** im Anschluß an die letzten Züge von Belgien und Hamm.

Nähere Erkundigungen am Rhein und Elberfelderstraße Nr. 762.

Düsseldorf im April 1847.

Dampfschifffahrt
zwischen
Rotterdam **und Havre.**

Die Boote, welche zwischen Rotterdam und Havre gehen, fahren den 3., 11., 19. und 26. eines jeden Monats von Rotterdam ab.

Rotterdam, den 11. Juni 1847.

Die Agenten:
Smith & Comp.

Gerichtlicher Verkauf.

Am Dienstag den 15. Juni 1847, Morgens 10 Uhr, sollen auf dem Markte am Rathhause zu Düsseldorf verschiedene Mobiareffekten meistbietend gegen baare Zahlung verkauft werden.

Der Gerichtsvollzieher,
Wm. Herkerath.

Auf einer der frequentesten Straßen in Essen ist ein Uhrmacher-Geschäft nebst vollständigen dazu erforderlichen Geräthschaften und Maschinen, sowie auch auf Verlangen die vorräthigen Uhren, die Wohnung mit Mobilien und die sonstigen zur Haushaltung nothwendigen Gegenstände unter sehr vortheilhaften Bedingungen zu übernehmen.

Nähere Auskunft ertheilt der Wirth Franz Ahrens in Essen.

[282] Ein kleiner schwarzer Wachtelhund ist Jemanden zugelaufen.

Näheres in der Expedition dieser Zeitung.

Aecht englischer
Turnips-Saamen,
in 8 Sorten, per Loth 1 Sgr., und die bekannten
Entblähungsröhren,
zu 1½ Thlr., sind zu haben in Düsselthal.

Guter 1846r Moselwein,
die große Flasche zu 6 Sgr., außer dem Hause billiger.

Rüßgen,
Gastwirth zum neuen Krahnen,
Rheinörtchen Nr. 1138.

Mittelstraße Nr. 1055 ist der erste Stock, bestehend aus vier Theilen, zu vermiethen und gleich zu beziehen. Näheres zu erfahren, Ratingerstraße Nr. 86.

Redacteur: L. Stahl.